

# Gemeindeblatt

Verantwortlich für den textu-  
ellen Teil: Sally Kaufmann,  
Kassel, Hohentorstraße 9

**Für den Synagogenbezirk Duisburg**  
**Am tliches Organ der Gemeinde**  
Verlagssort Kassel.

Verantwortlich für den Inse-  
ratenteil: J. Neustadt, Duis-  
burg, Knaufstraße 4

2. Jahrgang

Duisburg, den 1. Dezember 1929

Nr. 18

## Zur Frage des Beschlusses der Duisburger Synagogengemeinde, die ausgetretenen Mitglieder zu hindern, den benachbarten Synagogengemeinden beizutreten.

Von Dr. Richard Rosenthal, Duisburg.

Der von der Repräsentantenversammlung vom 22. Oktober angenommene Antrag eines Repräsentanten, den Beitritt der aus der hiesigen Gemeinde Ausgetretenen zur Nachbargemeinde zu erschweren, ist überaus bestritten.

Es dürfte bekannt sein, daß ich seit Beginn der Zwistigkeiten innerhalb der Gemeinde von vornherein den Einseitigkeit eines Mitgliedes bekämpft habe. Ich habe konsequent den Standpunkt vertreten, daß nur der Gesamtantritt aller liberalen Mitglieder unter gleichzeitiger Bildung einer neuen Gemeinde diskutabel sei.

Der von der Repräsentanz jetzt angenommene Antrag Strauß bedroht aufs schärfste die Gewissensfreiheit aller Gemeindeglieder und übt auf diese den Zwang aus, gegen ihre eigene Überzeugung bei der Gemeinde zu bleiben, und schädigt, wenn man die Sache nicht nur vom lokalen Gesichtspunkt aus betrachtet, die jüdische Gemeinschaft aufs schwerste.

Würde ein solcher Beschluß nämlich allgemein auch von anderen Gemeinden angenommen, so sind damit alle aus einer Gemeinde Ausgetretenen überhaupt von der jüdischen Gemeinschaft ausgeschlossen. Eine Möglichkeit zur Bildung einer neuen Gemeinde ist bekanntlich, soweit es sich nicht um größere Gruppen handelt, die austreten, unmöglich, und auch in den Fällen größerer Gruppenaustritte ist diese nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen und auch aus wirtschaftlichen Gründen auf das äußerste erschwert.

Bevor daher der Anregung eines Repräsentanten, die nur agitatorisch im Augenblick durchaus wirksam sein mag, von den übrigen Mitgliedern der Gemeindeversammlung zugestimmt wurde, hätte man sich m. E. diese Folgen überlegen und die Frage eingehend erörtern müssen.

Neben diesen tatsächlichen Bedenken, die gegen den erwähnten Beschluß sprechen, hat die Repräsentanz aber auch vergessen, zu prüfen, ob dieser Beschluß überhaupt rechtswirksam ist.

Dies ist aus folgenden Gründen zu verneinen:

Der Beschluß verstößt gegen die Bestimmungen der Reichsverfassung und steht auch im Widerspruch zu den Vorschriften des Gesetzes betreffend den Austritt aus den Religionsgemeinschaften vom 30. November 1920.

Gemäß Artikel 137 der Reichsverfassung ist die volle Glaubensfreiheit, ebenso wie die Freiheit der Religionsausübung und die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften, gewährleistet. Weiterhin ist in der Reichsverfassung ausdrücklich bestätigt, daß die Religionsgesellschaften Körperschaften des öffentlichen Rechts bleiben.

Als solche Körperschaft des öffentlichen Rechts haben die Religionsgesellschaften nicht nur Rechte, sondern der Allgemeinheit und den einzelnen gegenüber Pflichten. Als eine solche Pflicht muß auch das Recht der einzelnen Persönlichkeit angesehen werden, Mitglied einer Religionsgesellschaft werden zu können. Ausnahmen können nur für solche Personen gelten, gegen die besondere Gründe vorliegen, die sie unwürdig machen, Mitglied einer bestehenden Religionsgesellschaft zu werden. Es ist überall anerkannt, daß öffentliche Anstalten oder ähnliche Einrichtungen, die ein Monopol ausüben, auch die Pflicht haben, demjenigen, der von diesem Monopol Gebrauch machen will, dies nicht zu verweigern.

Bisher ist diese Frage zwar nur für Verhältnisse des Privatrechts aufgetaucht und erörtert worden. Es besteht aber kein Grund, diese Rechtsansicht nicht auch auf öffentlich-rechtliche Verhältnisse anzuwenden, vielmehr gilt dieser Satz hier umso eher, da die Monopolgewalt der öffentlichen Körperschaften meistens eine unbegrenzte ist.

Insoweit der Beschluß der Repräsentantenversammlung, wenn auch in verklausulierter Form, einen Boykott der liberalen Mitglieder, die ausgetreten sind, Es soll ihnen nämlich unmöglich gemacht werden, einer bestehenden Gemeinschaft beizutreten. Auch aus diesem Grunde ist der Boykott, d. h. der unzulässige Zwang durch Anwendung von Gewaltmitteln unzulässig.

Endlich widerspricht dieser Beschluß auch den Grundsätzen des Gesetzes betreffend den Austritt aus den Religionsgemeinschaften. Dieses Gesetz hat nämlich die Tendenz, den Austritt zu erleichtern und ebenso wie das frühere Austrittsgesetz von 1876 gerade in Beziehung auf die Mitglieder der einzelnen jüdischen und dadurch den Austritt erleichtern zu wollen. Der gefasste Beschluß würde dagegen, wie bereits dargelegt ist, die Mitglieder zwingen, soweit sie überhaupt einer Religionsgemeinschaft angehören wollen, in der örtlichen Gemeinde zu bleiben. In § 1 des erwähnten Gesetzes vom 30. November 1920 ist ausdrücklich bestimmt, daß ein Jude, der aus der Synagogengemeinde ausgetreten ist, nur dann Mitglied einer anderen Gemeinde wird, wenn er diesem Vorstand seinen Beitritt schriftlich erklärt. Auch diese Vorschrift beweist, daß die Mitgliedschaft zu einer Gemeinde nicht automatisch, z. B. durch Erlangung eines Wohnsitzes in dieser Gemeinde, sondern nur durch freie Willensbestimmung erworben werden soll. Aus dieser Bestimmung muß man daher auch wiederum den Schluß ziehen, daß das Gesetz die freie Willensbestimmung des einzelnen Mitgliedes, welcher Gemeinde er sich anschließen will, besonders schützt. Ein Beschluß, der diese freie Willensbetätigung des einzelnen Mitgliedes hindert, verstößt daher gegen die Vorschriften, den Sinn und Zweck der einschlägigen Gesetzesbestimmungen. Falls daher der erwähnte Beschluß tatsächlich auch von den Nachbargemeinden angenommen werden sollte, wird die Regierung sich mit der Frage der Rechtsgültigkeit dieses Beschlusses beschäftigen müssen.

Dabei ist noch zu bedenken: Austritte aus einer Synagogen-Gemeinde erfolgen sowohl aus persönlichen Gründen, wie auch aus Gründen der differenzierten Anschauung über die Ausübung des Kultus.

Ein Orthodoxer tritt z. B. aus einer Synagogen-Gemeinde aus, weil diese Gottesdienst mit Orgelbegleitung einführt, ein liberaler Jude tritt aus umgekehrten Gründen aus.

Will man allen diesen Personen, die am Judentum festhalten wollen, es unmöglich machen, an dem Gottesdienst einer Nachbargemeinde teilzunehmen, wenn er dieser beitrifft und dort seine Steuern zahlt?

Wir haben den Aufsatz der angegriffenen Repräsentantenversammlung zur Kennerung und dem bedeutenden Kenner des preussischen Jüdenrechts, Herrn Dr. Ismar Freund, Berlin, mit der Bitte vorgelegt, zu der Rechtslage Stellung zu nehmen. Nachdem die Angelegenheit ausgiebig erörtert ist, schließen wir damit die Diskussion.

Die Repräsentantenversammlung erwidert:

1. Wir haben nicht, wie der Aufsatz zu Unrecht behauptet, beschlossen, die Ausgetretenen zu hindern, den benachbarten Synagogengemeinden beizutreten. Ein solcher Beschluß wäre wegen des allen Mitgliedern des Kollegiums bekannten Parochialzwangs sinnlos und überflüssig gewesen. Nach dem Gemeindeblatt vom 1. November sagte der Antragsteller, Herr Strauß, mit Recht: „ein Beitritt zu einer anderen Gemeinde sei ja gesetzlich unzulässig.“

2. Wir haben lediglich in Übereinstimmung mit dem Provinzialverband rheinischer Synagogengemeinden und allen Pfarrengemeinden Deutschlands beschlossen, mit den Nachbargemeinden Verhandlungen einzuleiten, damit sie nicht ihre Kultuseinrichtungen den bei uns Ausgetretenen zur Verfügung stellen und nicht uns, der zuständigen Wohnortsgemeinde, gegenüber des Geldes wegen die selbstverständliche Solidarität vermissen ließen.

3. Dem Aufsatz liegt die irrige Ansicht zugrunde, der Austritt aus einer Synagogengemeinde sei gleichbedeutend mit dem Austritt aus einem beliebigen Verein, in dem dem Mitglied dieses oder jenes nicht gefalle, man sei Gemeindeglied auf Kündigung. Der Jude gehört seiner Gemeinde zwangsmäßig an.

Der Austritt verleiht gegen das Religionsgesetz. Es gibt keinen Grund, der einen Austritt rechtfertigen könnte. Auch eine andere Auffassung über den Austritt ist kein Grund, der Gemeinde den Austritt zu verleihen. Ein Austritt aus dieser Gemeinde ist hier abzuweisen und nie vorgeschrieben. Die orthodoxen Mitglieder der Gemeinde unterhalten innerhalb dieser mit großen Geldopfern besondere Anstalten. Sie haben die Gemeinde nicht einmal dazu verlassen, als diese den meisten von ihnen, den Auswanderern, alle Rechte nahm. Es ist eine Umkehrung des Tatbestandes, wenn derjenige, der der Gemeinde abtrünnig wird, über Boshheit klagt. Daß diese Auffassung auch in Widerspruch zu demokratischen Grundsätzen steht, bedarf keines Beweises. Die Einheitsgemeinde wird abgelehnt, wenn die jeweilige Minderheit austritt.

4. Wäre die Rechtsansicht des Auftrages richtig, oder würden den Ausgetretenen die Anstalten anderer Gemeinden zur Verfügung gestellt, so wäre der Zusammenbruch aller Gemeinden und des Gemeindelebens die Folge.

Herr Dr. S. Marx Freund, Berlin, schreibt:

Dem Wunsch der Schriftleitung dieses Blattes, mich zu der Frage zu äußern, ob aus einer Synagogengemeinde Ausgetretene anderen Gemeinden als Mitglieder beitreten können, bzw. ob die Gemeinden das Recht haben, Juden, die aus ihrer örtlichen Synagogengemeinde ausgetreten sind und freiwillig als Mitglied bei einer eintreten wollen, abzulehnen, komme ich wie folgt nach:

1. Nach § 35 des Gesetzes vom 23. Juli 1847 gilt für die Gemeindegliederung in einer Synagogengemeinde innerhalb des Geltungsbereichs des genannten Gesetzes das sogenannte Parochialprinzip, d. h. die Mitgliedschaft ist geknüpft an eine doppelte Voraussetzung:

a) die der Zugehörigkeit zum Judentum, und

b) des Wohnsitzes innerhalb des Gemeindebezirkes.

Wer Jude ist und im Bezirk der Gemeinde seinen Wohnsitz hat, ist Mitglied der Gemeinde und zwar ipso jure. Es bedarf keiner Willenserklärung. Die Mitgliedschaft ist eine Zwangsmitgliedschaft. Er kann sich ihr nicht entziehen, solange die angegebenen Voraussetzungen zutreffen. Auf der anderen Seite aber ist auch nur derjenige Mitglied der Gemeinde, bei dem diese beiden Voraussetzungen zutreffen. Reichen beide oder auch nur eine, so ist die Möglichkeit einer Mitgliedschaft nicht gegeben. Der freiwillige Beitritt eines Juden, der innerhalb des Gemeindebezirkes seinen Wohnsitz nicht hat, zu der Gemeinde, ist rechtlich unzulässig. Ein Jude, der aus seiner Wohnsitzgemeinde ausgetreten ist, kann insofern in einer anderen Gemeinde, falls er in ihr nicht etwa einen zweiten Wohnsitz hat, Mitglied nicht werden.

II.

An diesem Rechtszustand ist durch die neue Reichsverfassung nichts geändert, insbesondere nicht durch Artikel 137, Abs. 2. Denn, wenn Artikel 137, Abs. 2, bestimmt: „Die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften wird gewährleistet“, so ist damit lediglich der allgemeine Grundsatz aufgestellt, aber nicht etwa gesagt, daß jeder jeder Religionsgesellschaft beitreten kann. Das ist eine solche Selbstverständlichkeit, daß jedes weitere Wort einer Begründung sich erübrigt. In den bestehenden Grundgesetzen über die Gemeindegliederung hat Artikel 137 a. a. L. nichts geändert. Insbesondere erwacht den Ausgetretenen daraus nicht der Anspruch, entgegen den landesgesetzlichen Bestimmungen die Mitgliedschaft in einer öffentlich-rechtlichen Synagogengemeinde zu erlangen, der sie nicht durch den Wohnsitz angehören.

III.

Ist es nach den vorstehenden Tatsachen rechtlich zulässig, daß ein aus der örtlichen Gemeinde Ausgetretener freiwillig die Mitgliedschaft in einer anderen öffentlich-rechtlichen Synagogengemeinde erwirbt, ohne daß er einen Wohnsitz in ihr hat, so steht staatskirchenrechtlich nichts im Wege, daß diese andere Gemeinde ihm die Mitgliedschaft ihrer Einrichtungen gestatte. Eine derartige Regelung muß jedoch vom jüdischen Standpunkt aus als durchaus unerwünscht angesehen werden. Es widerspricht in gleicher Weise den Grundsätzen allgemeiner Moral wie jüdischer Auffassung, wenn jemand sich den Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, der er angehört, entzieht, und es kann nicht gebilligt werden, wenn dieser verwerflichen Pflichtvergessenheit dadurch Vorzug gewährt wird, daß von einer anderen Gemeinde dem Vertriebenen die Möglichkeit geboten wird, ihre Einrichtungen in Anspruch zu nehmen, so daß er auf die Einrichtungen seiner Wohnsitzgemeinde verzichten kann.

In dieser Frage besteht in der jüdischen Öffentlichkeit keinerlei Meinungsverschiedenheit. Sie ist auf einer Tagung der großen jüdischen Gemeinden, die im Juni d. J. in Berlin stattgefunden hat, zur Entscheidung gestellt worden, und es herrschte damals Einstimmigkeit darüber, daß Personen, die aus ihrer Wohnsitzgemeinde ausgetreten sind, weder die Funktionen noch die Mitgliedschaft in anderen Gemeinden zur Verfügung gestellt werden dürfen, weil dem verwerflichen Austritt aus der örtlichen Gemeinde damit Vorzug gewährt und vielfach der Bestand der Gemeinden gefährdet wird.

Dr. S. Marx Freund, Berlin.

Bally

Eine sehr reiche Auswahl  
neuer Modelle  
sehen Sie bei uns

KOOPMAN  
Bismarck-Platz  
Berlin

## Der Hochschul-Antisemitismus.

Die Semche des Hochschul-Antisemitismus ist wieder einmal akut. Sie grassiert in ganz Mitteleuropa. In Wien hat sie begonnen und hat sich über Berlin, Budapest, Prag und Krakau verbreitet. Nachstehend ein Auszug über die Hochschul-Krawalle in Wien, deren grotesk-tragischer Verlauf für die Erkenntnis der jüdischen Situation lehrreich ist.

Es kann uns zum Verständnis, aber nicht zum Troste gereichen: die jüngsten Exzesse an den Wiener Hochschulen haben letzten Endes einen rein ökonomischen Hintergrund. An den Wiener Hochschulen studieren über 10 000 Wiener. Dieser Kontingent wird mit jedem Jahre größer, Wien und Oesterreich — nicht. Das Wesen der kollektiven Unzufriedenheit und der Konkurrenz, das nun einmal auf dem Gesichtsbild des gemüthlichen Wiener Bürgers jeder Kategorie, sei es auch am weitesten Rande, ausgeprägt ist, verschwindet nicht mehr. Es rückt langsam aber entschieden näher und das heranwachsende junge Geschlecht kann in die Gefahr kommen, sich seiner tiefen ökonomischen Unzufriedenheit und seiner Konkurrenzfähigkeit bewußt zu werden. Da greift man zum alten erprobten Mittel, zur politischen Ablenkung auf eine minder gefährliche Linie.

Ein geistreicher Wiener Journalist hatte darüber ein Bonmot gemacht: „Daneben können sie ihnen nicht geben, so geben sie ihnen circenjes.“ Die aktuelle Zirkusnummer in Oesterreich heißt jetzt Verfassungsänderung. Eine Lieblingsnummer der dunkel gefärbten aller Zirkusartisten. Und ein gegenwärtiger Universitätsrektor, der Graf Gleispach heißt, kann der richtige Verbindungsoffizier sein zwischen einer aus verschiedenen Gründen erschrocken Bürokrate und einer schäumenden, leichtgläubigen Jugend, die zur Bestrafung von rebellischen Ideen, wie z. B. die des Sozialismus, anserkoren wurde.

„Regelrecht“ hätten also die Wiener Sozialdemokraten, und nur diese, verprügelt werden sollen. Es wurden aber die Juden verprügelt. Warum? Warum sollte man die Juden nicht schlagen, wenn man sie schlagen kann! Diese Art von Logik, die man gewöhnt ist, den Juden zuzuschreiben, ist in Wirklichkeit echt hochschulartig. Die Ereignisse an den Wiener Hochschulen haben das bewiesen.

Ursprünglich ging es wirklich nur gegen die Sozialdemokraten. Ein Plakat hatten diese sozialdemokratischen Techniker in der Nähe der Technischen Hochschule angebracht, das mit Heimmwehr und Sozialismus potentierte. Da fielen die nationalen Elemente der deutschen Studentenchaft Wächter auf, und ließen keinen, der sich zur Sozialdemokratie bekannte, in die Technik.

Und später wollten manche Juden Schadensfunde empfinden. Es ist nicht lange her, als nach einer Judenbisse an der Wiener Hochschule die hiesige „Arbeiter-Zeitung“ in einem sehr gemeinen Artikel erklärte, die Arbeiterklasse habe gar kein Interesse, in den Kampf zwischen Galentkrenzler und Galentkrenzler einzugreifen. So eine erlaubte Schadensfunde wäre jedoch zu schon gewesen. Das Kammando schlug plötzlich um.

„Und den blauen!“ erklärte es plötzlich an allen Hochschulen Wiens, an der Technischen Hochschule, an der Universität, an den Hochschulen für Bodenkultur und Handel. Die blinde entsetzte Massenbewegung, die nur auf „Blau“ eingestellt ist, hat sich mit ihrer Stampfwelle wirklich nach Blau orientiert. Und Blau ist geflossen.

„Juden hinaus!“ Diesen Ruf hatte man sein einziges Mal aber... „Sozialdemokraten hinaus!“ Die blinde Elementarheute bewegt sich auf der Seite des heftigsten Widerstandes, vielleicht auch des physischen „Ausmarsches!“ Man! ungemein schön, freigelegt, hat lange geübt... und die Beside ist abseitlich.

Über den Beginn der Armut an der Universität erzählt man sich in Wien folgende Anekdote: Ein Professor — war es Professor D o s s a oder ein anderer? — hielt eine Vorlesung. Und gerade sprach er über das verabschiedende Verhalten der antiken Völker den Ausländern gegenüber. Dabei zitierte er den bekannten Bibelvers: „Und wenn ein Fremdling mit dir in deinem Lande wohnen wird, sollt ihr ihn nicht verfolgen. Der Fremdling soll dem Bürger gleich sein und du sollst ihn lieben wie dich selbst!“ An diesem Momente — berührt die Hand — wurde die Tür aufgerissen und es erklang ein Ruf wie Donnerhall: „Juden hinaus!“

Man soll doch nicht die deutsche Jugend beschuldigen. Der Anteil an den Exzessen ist vielleicht nicht viel mehr als der der Dichtkrieger an der Universität, die nach dem gewaltigen Sturm auf die Anschlagstafeln in den Korridoren mit ihren großen Besen angeblich die Spuren völliger Seidenhaftigkeit verwischen wollten. Die deutsche Jugend ist eigentlich unschuldig. Die wahre Schuldigen sind die Exzesse.

Ja, die Herren Professoren! Es ist nicht Zufall, daß sich der bekannte „Volkstorn“ besonders gegen das anatomische Institut und gegen Professor Zandler wandte. Der „Jnd“ Zandler — unter Habsbura getauft und unter Zeis konfessionslos geworden! — hatte die Frechheit, weltberühmt zu werden, während der Rühm so mancher seiner Berufskollegen nicht weiter als bis nach Wiener Neustadt und Scheibbs vorgedrungen ist, bei manchen sogar nicht einmal die Wiener Gränze überschritt. Dazu ist Zandler Expresident der Wiener Sozialdemokraten; wo immer das Volkswahl erfordert — tut er mit, geht, läßt voran, und wie lieblich war der Anblick, als im vorigen Jahr vor Weihnachten die sozialdemokratischen Kinderheime mit Geschenken und Christbäumen bedacht wurden, und Professor Julius Zandler, in einem riesigen Auto, inmitten eines wandelnden Waldes von grünen Tannenbäumen, vor Fremde strahlend, von Heim zu Heim dahinjagte — ein Risikolanz, ein Kampanus, ein bekehrter Malschwer!

Und nichts hat es geschnitten! Die Stätte seines Ruhmes haben ihm die Jünger Hinters, undankbar wie sie einmal sind, in eine Mägenanier verwandelt.

So wird ein armer Gelehrter, der nur Sozialdemokrat sein will, gewaltiam als Jude bestraft. Und so werden jüdische Studenten für Plakat und rote Handzettel bestraft, die Sozialdemokraten verbreitet haben.

In einem jüdischen Gebete heißt es: „O, Herr der Welt! Mögest du zu Gutem werden alle Träume, die ich über andere oder welche andere über mich geträumt haben!“

Daß aber ein Jude für die Träume verantwortlich gemacht wird — andere über andere geträumt haben — davon wird der Verfasser jenes Gebetes geträumt.

Ein Traum erlebt. Ein eigentümliches Schicksal, das man sagen. Das kann uns aber nur

## Reichsbund jüdischer Frontsoldaten und der Kampf des deutschen Judentums.

Über die am 24. November in Berlin stattgefundene Hauptversammlung des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten geht uns der folgende Bericht zu:

Bei den in jeder Beziehung so schweren Zeiten für unser Vaterland, bei der immer größer werdenden Not jedes einzelnen von uns war es besonders wichtig, daß unser Bund zu all den wichtigen schwebenden Fragen unserer Zeit wieder einmal Stellung nahm. Schon am Abend des 23. November 1929 fand eine Vorbesprechung der Landesverbandsvorsitzenden und der Mitglieder des engeren Bundesvorstandes unter Vorsitz des Bundesvorsitzenden im großen Sitzungssaal des Bundesbüros statt. Es wurde über eine Reihe wichtiger Bundesangelegenheiten in ungezwungener und unverbundlicher Weise gesprochen. Es konnte aber schon hierbei festgestellt werden, daß trotz der verschiedenartigen Schichtungen unserer Mitglieder in politischer, gesellschaftlicher und sonstiger Beziehung vollste Einigkeit über die Ziele des Bundes herrscht, und daß ein besonderer Reiz für unsere Organisation die erprobte, feste Kameradschaft ist. Dies trat auch hervor bei dem an die Besprechung folgenden Bierabend, zu dem unsere Ortsgruppe Berlin die auswärtigen Kameraden in den „Kameradsaal“ bei Krall eingeladen hatte. Unsere Berliner Kameraden haben es diesmal ganz besonders gut verstanden, in einem gesinnungsvollen Rahmen durch ausgezeichnete Darbietungen in Wort und Schrift schnell die innige kameradschaftliche Stimmung zwischen all den Kameraden aus den verschiedensten Teilen des Reiches und den bekanntlich bei uns ebenso wie auch anderswo manchmal zu Unrecht mit zu wenig Liebe beurteilten Berlinern herzustellen. Auch der Vorsitzende unserer Ortsgruppe in Reinhardt, Kamerad Münchberger, überbrachte uns die Grüße der dortigen Kameraden.

Ziel der Versammlung wurde zunächst schriftlich der Geschäftsbericht des Kameraden Landesverbandes überreicht. Dann erklärte Kamerad Kampeter den Aushangsbefehl und die Ausstellung des Reichsbundes. Der Landesverband, der Kamerad Dr. Rosen-

stein, ein ausführlicher Referat über die politische Situation und Sachrichtung des Bundes. Abhandlung fand die Beratung der Anträge statt. Unter diesen ist der bemerkenswerteste der bezüglich des „Zwangs“, der eine Vlesierung des Bundesorgans nunmehr an alle Kameraden des Bundes möglichst bald herbeiführen soll. Am Nachmittag hielt Kamerad Eisenkammer ein Referat über „Die Lage der Juden in Deutschland“ und Kamerad Dr. Meyer Baum ein Referat über „Die Lage der Juden im Westen“. An diese Referate knüpfte sich eine sehr ausführliche und auf hohem Niveau verlaufende Generaldebatte bis zum Schluß der Hauptversammlung um 8 Uhr abends.

Unter den teilnehmenden Kameraden war man einstimmig der Ansicht, daß diese Hauptversammlung in bezug auf Inhalt und Ergebnisse wohl mit an erster Stelle unter allen bisherigen Versammlungen steht. Sie ist die Einleitung zu weiteren Aktionen des R.R. in dem Kampf des deutschen Judentums für seine Ziellinie, seine Ehre und sein Recht im deutschen Vaterlande. Für das wir jüdischen Frontsoldaten eine Hand in Hand mit unseren nichtjüdischen Kameraden zusammenstehen.

## Zum Wochenabschnitt Chai Soroh.

Der Midrasch erzählt eine Geschichte vom Wirken der jüdischen Frau:

Solange Sarah lebte, waren die Türen des Abrahamzuges weit geöffnet, ununterbrochen brannte im Innern des Zeltes ein Licht und im täglich abendlichen Prater war ein wunderbarer Segen. Jeder Fremdling fühlte sich zum Einkehren bewogen, auch Fremde fanden so in der Nacht die gastliche Stätte und auch für unerwartete Gäste war so stets der Tisch gedeckt.

Sarah starb, die Tore schlossen sich, das immerwährende Licht erlosch und der Segen des Praters schwand.

Da gedachte Abraham seinem Sohne eine Frau wie Sarah zu verschaffen, um so den alten Segen seines Hauses wieder herbeizuführen, und er sandte seinen Knecht Elieser aus, die Braut zu werben.

Elieser ist durch die Art seiner Werbung in unserer alten Literatur der Typus des Mannes geworden, der einen Beruf, eine Aufgabe zu erfüllen hat und sie trenn vollführt.

Als einer einzigen absichtslosen Handlung kann man oft die ganze Gesinnung eines Menschen erkennen.

Elieser, von weiter mühseliger Reise ins Haus des Laban gekommen, forat für die Tiere seines Herrn. Dann bekommt er selbst ein Mahl vorgesetzt. Aber ehe der alte müde Mann an sich dachte, spricht er die Worte: „Ich will nicht essen, bis ich meine Worte geredet.“

Die Welt sähe anders aus, wenn alle Menschen wie Elieser wären, wenn sie erst an ihre Pflicht, ihre Aufgabe dächten und nach deren Erfüllung an ihre Bedürfnisse, ihr eigenes Wohlergehen, ihre eigene Ehre und Befriedigung. Durch Kenntnisse und Arbeit sich eine Stelle zu erobern, ist schon nicht leicht. Wer sie aber nicht durch Treue und Zuverlässigkeit behauptet, wird zur Seite gedrängt und geht unter. Wie mancher ist in seinen jungen und seinen besten Jahren durch seine Kenntnisse und seine Arbeit geehrt und angesehen, schreitet von Erfolg zu Erfolg, und dann kommt das Alter Eliesers, in dem nur der besteht, der durch Treue und Zuverlässigkeit sich bewährt.

Bekannt ist der Ausbruch Karl V., das Glück sei eine Frau, die nichts von den älteren Männern wissen wolle. Unanfechtbar kommen Misserfolge. Aber wer in Treue und Zuverlässigkeit seiner Pflicht ausharrt, der verliert auch, arm und erfolglos, keine Spur seines Ansehens.

Das ist die eine Seite Eliesers, der gesprochen: „Ich will nicht essen, bis ich meine Worte geredet.“

Und die andere Seite. Sie heißt Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Nur ein Mann wie Abraham konnte einen solchen treuen Diener haben wie Elieser. Nur dann, wenn der Arbeitnehmer nicht nur durch Aussicht auf Lohn, sondern durch Hochachtung und Zueignung an den Arbeitgeber gebunden ist, nur dann können solche Verhältnisse sich bilden, wie sie Kap. 24. 1. nach Moses zwischen Abraham und Elieser erzählt. Wir sind leicht fertig, wenn wir diese Geschichte mit dem Worte abtun: „patriarchalisch“ und bemerken, aus dem patriarchalischen Zeitalter seien wir heranz. Täglich können wir beobachten, wie in Ländern, deren Vorstand Hochachtung und Zueignung seiner Beamten genießt, in Staaten mit geachteter und beliebter Regierung ganz anders alles vor sich geht als da, wo Apathie oder Gleichgültigkeit oder gar Haß und Verachtung zwischen Vorgesetzten steht, und so ist es in allen Organisationen, Büros, Geschäften und Haushalten. Wohl dem, der durch Schicksal vom Befehlenden zum Befohlenen wird, wenn er sich wie Abraham vorher seinen Elieser schafft.

Und der Arbeitnehmer, auch er ist in der Lage, sich seine „guten Herren“ zu schaffen. Verschidenheit, Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit und Ordnungsliebe des Arbeitnehmers ergeben zum guten Arbeitgeber.

Diener wie Elieser sind wir alle. Unser aller harret eine Aufgabe. Und wir alle erwarten, daß der, der uns die Aufgabe stellt, uns gnädig sei und unsere Aufgabe mit Erfüllung segne. Täglich denken wir mit dem Psalmisten:

Wie die Augen des Dieners auf die Hand des Herrn,  
Wie das Auge der Magd auf die Hand der Gebieterin,  
So sind unsere Augen auf den Ewigen gerichtet,  
Doch er und gnädig sei.

Abg.

## Jüdische Nachrichten.

### Der Musti tritt zurück.

Jerusalem. Der Vorsitzende des obersten mohammedanischen Rates, der Musti in Jerusalem — der höchsten Moslems-Behörde des Landes — ist laut arabischer Presse wegen bolschewistischer Verbindungen wahrscheinlich zum Rücktritt gezwungen. Der Musti ist bekanntlich der Anführer der Unruhen.

### Hauptversammlung der Vereinigung für das liberale Judentum.

(ZM.) Es steht nunmehr fest, daß die Hauptversammlung der „Vereinigung für das liberale Judentum e. V.“ am Sonntag, 1. und Sonntag, 2. Februar 1930 stattfinden wird. Als Tagungsort ist diesmal Breslau gewählt worden.

### George Clemenceau und die Dreyfus-Affäre.

Paris. (ZM.) In der Nacht zum Sonntag, den 21. November, ist der große französische Staatsmann und ehemalige Ministerpräsident George Clemenceau im Alter von 88 Jahren gestorben. George Clemenceau hat sich durch sein Eintreten für den unschuldig verurteilten und auf die Insel des Exils verbannten jüdischen Generalstabschef Alfred Dreyfus unvergängliche Verdienste um die Wahrheit und Gerechtigkeit, nicht zum wenigsten um die französische Republik, erworben. Er wurde der politische Vorkämpfer für die Rehabilitierung des Opfers des französischen reaktionären Militarismus und stellte die von ihm gegründete Zeitung „Aurore“ ganz in den Dienst dieses Kampfes. Nachdem er in der vordersten Reihe den Sieg der Wahrheit erkämpft hatte, wurde er 1906, im Alter von 65 Jahren, zum ersten Mal Ministerpräsident, und er nahm den Obersten Picquart, dem die altemännliche Aufdeckung der Schuldigen gegen Dreyfus zu verdanken ist, als Kriegsminister in sein Kabinett auf. Dieses erste Kabinett Clemenceaus hatte eine für Frankreich ungewöhnliche Dauer von drei Jahren.

### Der Preussische Landesverband Jüdischer Gemeinden

teilt uns mit: Am 10. Sonntag, den 10. November 1929 kamen in Berlin in den Räumen des Preussischen Landesverbandes jüd. Gemeinden die Vertreter fast aller preuß. Provinzialverbände erstmalig zu einer Ansprache über gemeinsame Aufgaben und Ziele zusammen. Den Vorsitz führte der Leiter des Niederelsaß. Provinzialverbandes, Herr Waldstein, Breslau. Herr Dr. Frey und begrüßte namens des Landesverbandes die Tagung und betonte, wie unentbehrlich für diesen die Mitarbeit Chancellors dahin zu informieren, daß die jüdische Bevölkerung den jetzigen Zustand der Anarchie im Lande auf die Schwäche der Regierung zurückführt. Der Oberkommissar wird aufgefordert, der Provinzialverbände sei. Seitens der Provinzialverbände wurde über die Arbeiten und die Erfahrungen in ihrem Wirkungskreis berichtet. Es wurden Vorschläge zur weiteren Aktivierung und Intensivierung dieser Arbeit gemacht und insbesondere auch die Stellung der Provinzialverbände zum Landesverband und umgekehrt durch eine eingehende Aussprache geklärt. Man kam dahin überein, daß möglichst alle Provinzialverbände, so wie das bisher schon vereinzelt geschehen ist, in die Verwaltung des Landesverbandes in der Weise einzuordnen seien, daß sie vorbereitende, beratende und ausführende Organe des Landesverbandes werden. Vor der Fruchtbarkeit der gemeinsamen Beratung überzeugt, beschlossen die Vertreter der Provinzialverbände, etwa im April k. J. wieder eine Zusammenkunft zu veranstalten, vor allem aber untereinander in dauernder Verbindung zu bleiben.

Der Preussische Landesverband jüdischer Gemeinden teilt uns mit: Am 20. November 1929 trat der Rat des Preussischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden unter dem Vorsitz des Präsidenten Kammergerichtsrat Leo Wolff zu einer Sitzung zusammen. Bei ihrer Eröffnung widmete der Vorsitzende dem verstorbenen stellvertretenden Präsidenten Prof. Dr. Türl einen warmen Nachruf. Als Nachfolger des Rechtsanwalts Dr. Kagenstein-Kassel wurde Herr Siegmund Freudenthal Eichwege festgesetzt. Als Nachfolger von Professor Dr. Türl wurde zum stellvertretenden Präsidenten des Rates Dr. Asmar Freund gewählt. Als weiterer Beisitzer wurde anstelle des Rechtsanwalts Dr. Herzfeld Esien, der sein Amt im Engeren Rat niedergelegt hat, der Rechtsanwalt Dr. Kagenstein-Bielefeld gewählt. Zum Vorsitzenden des Wohlfahrtsausschusses wurde Direktor Eisberg, zum Mitglied des liberalen Unterrichtsausschusses Professor Elbogen gewählt. Dessen wurde auch der Vorsitz im Amtatorium der Vorbereitungsanstalt für Lehrer in Berlin übertragen. Von dem Schatzmeister, Direktor Kareski, wurde nachdrücklich auf die ge-

spannte Finanzlage des Landesverbandes hingewiesen, die dazu zwinge, sich in allen Ausgaben die größte Zurückhaltung anzulegen und die Erfüllung mancher dringender Aufgaben für bessere Zeiten zurückzustellen. Eine Erhöhung der wieder auf 8/10 Prozent des Einkommensteuereinkommens der Mitgliedsgemeinden festgesetzten Umlage ist wegen der auch in diesen herrschenden finanziellen Bedrängnis und der allgemeinen wirtschaftlichen Depression nicht möglich. Eine Besserung der Verhältnisse ist nur von der Erhöhung der Staatsbeiträge zu erwarten, für die in dessen bei den in Frage kommenden Stellen leider nicht immer das erforderliche Entgegenkommen angetroffen wird. Es wurde ferner noch beschlossen, den nächsten Verbandstag auf den 21. März 1930 und folgende Tage einzuberufen. Der übrige Teil der vom frühen Morgen bis in die zehnte Nachmittags stunden dauernden Sitzung wurde von einer Besprechung über die Lage des preussischen Judentums ausgefüllt. Nachstehende Entschließung wurde einstimmig angenommen: „Der Große Rat des Preussischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Würde des jüdischen Namens und das Ansehen der deutschen Juden es dringend erfordern, den innerjüdischen Kampf zu entsaften. Die Austragung von Meinungsverschiedenheiten, sei es vor der jüdischen, sei es vor der nichtjüdischen Öffentlichkeit, muß ohne jede Minderbewertung einzelner jüdischer Gruppen in staatsbürgerlicher Hinsicht erfolgen. Ebenfalls darf eine Herabsetzung von Steuern, sofern sie vom Willen zur jüdischen Gemeinschaft erfüllt sind, als Anreiz stattfinden.“ In einer besonderen Sitzung des Enarers Rates wurden die durch den Tod von Prof. Türl frei gewordenen Termine der Unterrichts- und der Wohlfahrtsangelegenheiten neu vergeben; das erstere wurde Professor Elbogen, das letztere Direktor Eisberg übertragen.

## Aus der Gemeinde.

### Familien-Nachrichten.

Gestorben: Frau Helene Meyer, Güntherstraße 12, 70 Jahre alt.

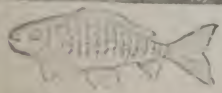
Der Schult-Antisemitismus wird von der jüdischen Gemeindevorstellung seit Jahren nicht mehr verfocht. Er stellt die verächtliche und gefährliche Art des Judentums dar. Das war die Art, an dem sich die Schule verstand, kann sich nicht wehren. Die Gemeinde erwirkte vor längerer Zeit ein Vorgehen der jüdischen Schulbehörden gegen den Antisemitismus in den christlichen Volksschulen. Auch bei den höheren Schulen mußte wiederholt eingeschritten werden. Die Eltern sollten sich in allen Fällen sofort an den Vorstand der Synagogengemeinde wenden.

Max Löwe wurde am 21. November 69 Jahre alt. Für den Vorstand der Gemeinde gratulierte ihm im persönlichen Besuche Max Löwe, für das Herrschentantentestament Hermann Mant. In ihren Ansprachen wiesen die beiden Herren darauf hin, daß Löwe viele Jahre lang seine Kräfte der Herrschentantentestamentverwaltung zur Verfügung gestellt habe, die er auch kurze Zeit geleitet habe. Dabei habe er Ehrlichkeit, Gewissenhaftigkeit und Treue gezeigt. Für Löwe sei die Treue zur Gemeinschaft eine Selbstverständlichkeit. Nach seinem Ausscheiden aus der Herrschentantentestamentverwaltung habe er den Vorsitz der Männerchorvereins übernommen und sich auch auf diesem Gebiete schöne Verdienste erworben. Auch die Duisburger Tage zur Treue, vertreten durch die Herren Baubau direktor Kaufmann, Dr. Hallenstein und Mendel überbrachten Löwe ihre Glückwünsche.

Die Jugendkommission hatte am 18. November eine Sitzung, an der Vertreter sämtlicher jüdischer Jugendorganisationen mit Ausnahme des J. U. und der Jugend-Arbeitsgemeinschaft des C. V. teilnahmen. Herr Dr. Epstein berichtete über die in der Zwischenzeit unternommenen Schritte und teilte mit, daß er an 20 jüdische Rektoren herangefahren sei, um die Ueberlassung von Freieremularen für ein Lesezimmer. Für dieses Lesezimmer stellte der Gemeindevorstand für Mittwoch und Donnerstag abends sowie Sonntag nachmittags 18 Uhr abends das Herrschentantentestament zur Verfügung. Es werden hier auch Schachspiele aufgestellt werden. Einige der Rektoren sind bereits bereit, andere haben sich noch nicht geäußert. Die übrigen sind noch einmal um Antwort gebeten worden. Herr Dr. Epstein sprach weiter über die einzuwickelnde Bibliothek. Der jüdische Krankenbund hat sich bereit erklärt, eine Sammlung für diese Bibliothek zu übernehmen. Die Vertreter der Jugendkommission kamen überein, zunächst nur jüdisch-wissenschaftliche Bücher anzuschaffen.

Die Kommunisten hatten hier wie überall ein für die Nationalsozialistische Arbeiterpartei sehr günstiges Ergebnis. Bei der letzten Reichstagswahl vom 29. Mai 1928 erhielt diese Partei in Duisburg und Hamborn 2010 Stimmen. Während sie bei der Stadtverordnetenwahl vom 17. November 1929 6331 Stimmen mit drei Mandaten einbringen konnte. Die Demokratische Partei ging während dieser Zeit von 5565 Stimmen auf 2831 Stimmen zurück. Die Sozialdemokratische Partei von 4343 auf 2616. Die Kommunistische Partei von 1144 auf 3030. Jüdische Vertreter wird es in der Stadtverordnetenversammlung nicht geben.

Bund jüdischer Schüler. Die hiesige Ortsgruppe des Bundes jüdischer Schüler veranstaltete am 16. November in der Aula des Gymnasiums eine wohlbesungene Eltern- und



Täglich frische Zufuhren lebender und lebend geschlachteter

**Rhein- und Seefische**

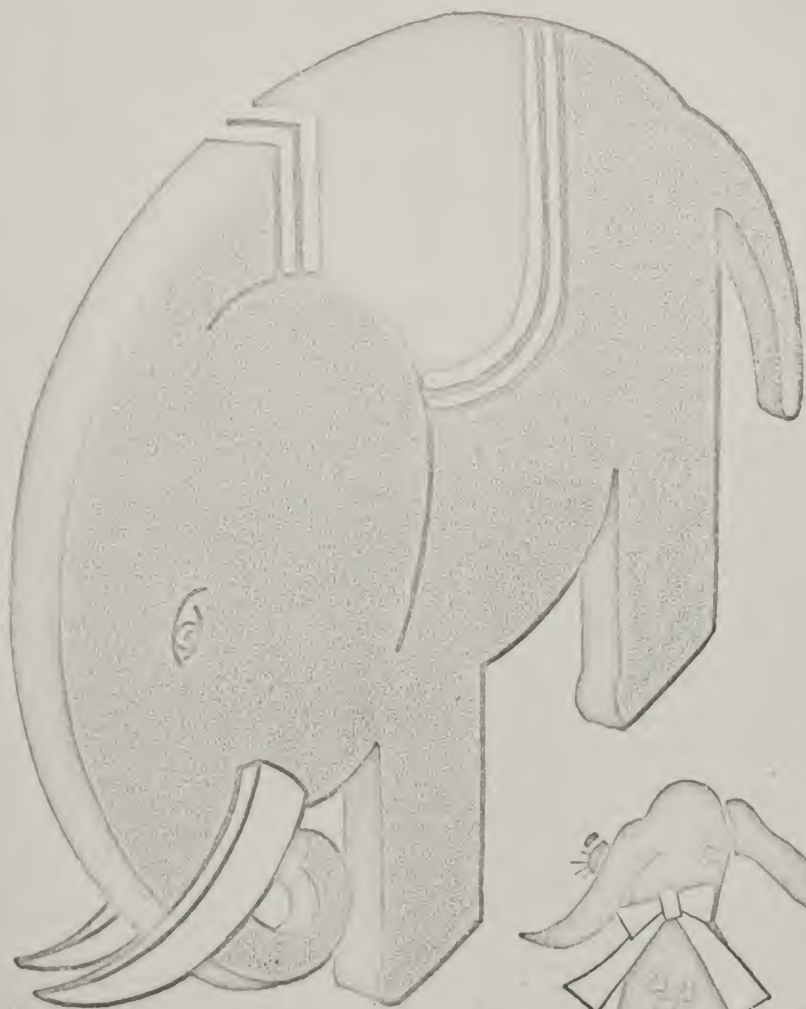
Lebende Spiegelkarpfen Pfund 1.40 Mk.

Schleien, Kachle, Dresen, Forellen

J. W. Dörgermann, Duisburg

Märkte 24

Forellen 18



Der alte weise Elefant scheint in tiefes Nachdenken versunken. Unbeweglich steht er gesenkten Hauptes da. Das erfahrene Tier und sein junger Freund sind Insassen unserer wunderschönen grossen

## **Spielwaren-Ausstellung**

die eben eröffnet worden ist. Kommt, liebe Kinder, mit Vater und Mutter und fahrt mit dem Aufzug in den zweiten Stock! Ihr werdet Augen machen! Das surrt und schnurrt und klingt und flimmert. Wir verraten nicht mehr. Kommt, kommt bald in das

**Paradies des Kindes!**

*Cohen & Epstein*

TORPEDO 6 DIE BESTE  
SCHREIBMASCHINE

# Achtung! Autobesitzer! Achtung!

Nach nunmehriger vollständiger Fertigstellung der neuzeitlich eingerichteten

## Falkgarage Duisburg

(Wasserviertel)

Falkstraße 83 · Ruf 30113 und 30114

sind noch einige

geheizte moderne Boxen frei.

Moderne Großtankstelle

Tag- und Nachtbetrieb.

Saubere Wagenpflege

Auf Wunsch Abholen u. Zustellen der unfertiggestellten Wagen durch eigene zuverlässige Fahrer

## Gesucht

Konditorei und Kaffee

**Otto Dobbelstein**

Gegründet 1858

Duisburg, Knüppelmarkt 1—5

Telephon S. 2650

Älteste Konditorei am Platze

Angenehmer Aufenthalt

Neu eingetroffen: Nürnberger Lebkuchen von Haeblerlein Metzger A.-G.

**B. M.**

Radio führend

Sämtliche modernen Apparate vorrätig · Das Radiohaus der Fachleute

**Buschmann & Mallinckrodt**  
Sonnenwall 54

Sämtliche Ermittlungen Beobachtungen sowie

Auskünfte überall und billig

Detectiv-Institut und Privatauskunft

**J. Römer**

D., Neue Marktstr. 10  
Telephon 1241

Inserieren bringt Gewinn!

## BREMEN-NEWYORK



mit unseren Riesenschnelldampfern

»BREMEN« 46000 B.-R.-T.

»EUROPA« 46000 B.-R.-T.

»COLUMBUS« 32500 B.-R.-T.

Regelmäßige Abfahrten nach

NORD-, MITTEL-, SÜD-

AMERIKA

Ostasien, Afrika, Australien

Direkter Dienst nach

CANADA

Nordseebäderverkehr

:: während der Saison ::

Eisenbahnfahrkarten

:: zu amtlichen Preisen ::

:: Flugscheine ::

Reisegepäckversicherung

Streng rituelle Küche

unter Aufsicht des Bremer

Rabbinats auf den Fahr-

gast-Dampfern nach Nord-,

Mittel- und Südamerika.

Auf allen weiteren Linien

auf Verlangen koschere

:: Konserven ::

Auskunft und Drucksachen durch unsere Vertretungen

**Norddeutscher Lloyd Bremen**

**ERNST ESPEY**

Bahnamtliche Spedition

Möbeltransport, Wohnungstausch

Tel. Süd 4905/09 **Duisburg** Tel. Süd 4905/09

## STADTTHEATER DUISBURG

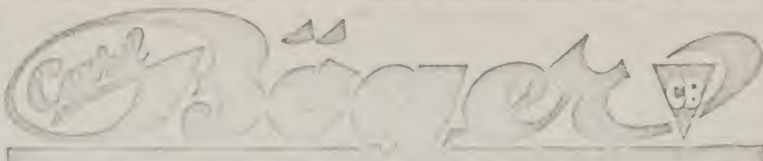
INTENDANT: DR. S. SCHMITT

SPIELPLAN 1929-1930

Tag und Stunde der Vorstellung	Vorstellungs-Reihe	Tag und Stunde der Vorstellung	Vorstellungs-Reihe
<b>Samstag, 7. Dezember</b> Anfang 20 Uhr Ende 22½ Uhr	<b>Thomas Mann-Abend</b> Hierauf: Sonder-Aufführung <b>Florenz</b>	<b>Samstag, 7. Dezember</b> Anfang 20 Uhr Ende 22½ Uhr	Zuerst: »Die schöne Galathee« Hierauf: <b>Die Puppenfee</b>
<b>Montag, 9. Dezember</b> Anfang 20 Uhr Ende 22½ Uhr	<b>Wie es euch gefällt</b> Außer Vormiete	<b>Samstag, 8. Dezember</b> Anfang 16 Uhr Ende 18 Uhr	<b>Ein Maskenball</b>
<b>Dienstag, 10. Dezember</b>	<b>Geschlossen</b>	Anfang 20 Uhr Ende 22½ Uhr	<b>Der Vogelhändler</b>
<b>Mittwoch, 11. Dezember</b> Anfang 20 Uhr Ende 22½ Uhr	<b>Die andere Seite</b> Außer Vormiete	<b>Samstag, 9. Dezember</b> Anfang 20 Uhr Ende 22½ Uhr	<b>Mona Lisa</b>
<b>Dienstag, 12. Dezember</b> Anfang 19 Uhr Ende 22½ Uhr	<b>Der Vogelhändler</b>	<b>Mittwoch, 10. Dezember</b> Anfang 20 Uhr Ende 22½ Uhr	<b>Madame Butterfly</b>
<b>Freitag, 13. Dezember</b> Anfang 19 Uhr Ende 22½ Uhr	<b>Carmen</b>		

**Konserven  
Süßfrüchte  
Kaffee  
Speiseöle**

la Qualität und Preiswürdigkeit unübertroffen.  
Lieferung frei Haus.



Beekstraße 77 / Ludgeristraße 15 / Am Brückenplatz 2

**Tellus**



*Tellus "das Zeichen für Qualität, Präzision, Eleganz"*

**Uhren  
Goldwaren  
Optik**

**Felix Pickers**

**Duisburg**

Beekstraße 62  
Fernruf Süd 417  
Gegründet 1882

**Städtische Musikveranstaltungen Duisburg**

**Städtische Tonhalle — Großer Saal**

**Mittwoch, 4. Dezember, 20 Uhr:**

**IV. Haupt-Konzert**

Dirigent: Hermann V. Schmelde, Frankfurt a. M.

**„Israel in Aegypten“**

Oratorium für Chor, Soli, Orchester und Orgel. — Gottfr. Frdr. Händel  
Mitwirkende: Adelheid Arnold, Berlin (Soprano); Inga Torshof,  
Essen (Alt); Jul. Patzak, München (Tenor);  
Fried. Drissen, Berlin (Bass); Jos. Schwarz,  
Prag (Bass); der städt. Gesangsverein, verstärkt durch Mit-  
glieder des M. G. V. „Sängerbund“

**Dienstag, 3. Dezember, 20 Uhr: Öffentliche Voraufführung**

Kartenverkauf (Dienstag 1.— bis 2.50 Mk., Mittwoch 1.50 bis 4.50 Mk.)  
täglich 10—15 Uhr: Konzertkasse im Stadttheater, Buchhandlung Scheuer-  
mann, Ewich, Baedeker, Heilmann, Kuersch, Musikalienhandlung Kirsten,  
auswärtige Theatervorverkaufsstellen und an der Abendkasse.



**DARMSTÄDTER UND  
NATIONALBANK**

Kommanditgesellschaft auf Aktien

Filialen:

**DUISBURG**  
Königstraße 44

**RUHRORT**  
Fabrikstraße 36



Errichtung von  
Sparkonten  
gegen Spar-  
bücher zu  
günstigen  
Zinssätzen

Anlegung auch  
kleiner Beträge.